

738040-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Planungsleistungen zur Erneuerung der OP-Stromversorgung am KH Nordwest
OJ S 234/2023 05/12/2023
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist

E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planungsleistungen zur Erneuerung der OP-Stromversorgung am KH Nordwest

Beschreibung: Mit dem vorliegenden Vergabeverfahren beabsichtigt die Stiftung, Planungsleistungen für die Erneuerung der Stromversorgung im OP-Bereich des Krankenhaus Nordwest zu beauftragen.

Kennung des Verfahrens: 27c4f1da-e282-4baa-b9ca-9b290d72b906

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist Steinbacher Hohl 2-26

Stadt: Frankfurt

Postleitzahl: 60488

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXU5YYDY19TPBMZH Bitte beachten Sie neben den übrigen Vorgaben und Regelungen aus den Vergabeunterlagen auch die nachstehenden Regelungen: 3.1. Kommunikation und technische Voraussetzung zur Teilnahme am Vergabeverfahren 3.1.1 Vergabesoftware Die Stiftung nutzt die Vergabepattform www.dtyp.de. Eine Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere durch das Stellen von Fragen oder das Einreichen von Angeboten setzt voraus, dass sich der Bieter beim DTVP registriert. Die Registrierung ist kostenfrei unter www.dtyp.de möglich. Für die elektronische Einreichung von Angeboten ist die Nutzung des "Bietertools" erforderlich. Das "Bietertool" wird kostenfrei über das DTVP für dort registrierte Unternehmen zur Verfügung

gestellt. Im Rahmen der Teilnahmeantragsabgabe / Angebotsabgabe kann über das "Bietertool" insgesamt eine maximale Datenmenge von 500 MB an den Auftraggeber übermittelt werden (Gesamtdatenmenge von Dateien in den Bereichen "Auszufüllenden Dokumente" und "Eigene Dokumente" des Bietertools). Nähere Informationen zur Kommunikation sowie zu den technischen Voraussetzungen zur Teilnahme am Vergabeverfahren finden sich unter www.dtyp.de. Weitergehende Informationen finden sich außerdem unter <https://support.cosinex.de/unternehmen>.

3.1.2 Kommunikation Die Stiftung kommuniziert mit den Bewerbern grundsätzlich nur über die Vergabeplattform. Der Bewerber ist verpflichtet, regelmäßig zu überprüfen, ob Nachrichten seitens des Klinikums eingegangen sind. Die Stiftung geht davon aus, dass Nachrichten dem Bewerber zugegangen sind, sobald dieser die Nachrichten abrufen kann. Auch der Bewerber darf grundsätzlich nur über die Vergabeplattform mit dem Klinikum kommunizieren (Bewerberfragen etc.). Die Information gemäß § 134 GWB versendet der Auftraggeber gem. § 134 Abs. 2 GWB voraussichtlich per Telefax oder E-Mail an die Bieter.

3.1.3 Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den Auftraggeber unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen. Interessierte Unternehmen können im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs Bewerberfragen stellen. Fragen zu der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum 20. Dezember 2023 über die Vergabeplattform www.dtyp.de einzureichen. Bewerber sollen hierfür das entsprechende Formblatt (TNW Formblatt 14) verwenden. Die Beantwortung von Fragen der Bewerber und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen über die Vergabeplattform www.dtyp.de. Auch die Fragestellung selbst wird vom Auftraggeber veröffentlicht. Es wird daher gebeten, die Bewerberfragen so zu formulieren, dass sie keinerlei Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers zulassen. Hinweise auf Bewerberfragen und Antworten durch den Auftraggeber können grundsätzlich nur an Bewerber erfolgen, die ihre Kontaktdaten für das Vergabeverfahren hinterlassen haben. Jeder Bewerber ist unabhängig davon bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge verpflichtet, regelmäßig und selbstständig auf über diesen Link zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bewerberfragen zu achten. Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern des Auftraggebers, dessen Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planungsleistungen zur Erneuerung der OP-Stromversorgung am KH Nordwest

Beschreibung: Die Stiftung Hospital zum Heiligen Geist (nachfolgend "SHHG" oder "Auftraggeber") erneuert die OP-Stromversorgung am KH Nordwest. Hierfür beabsichtigt das SHHG die Beauftragung von Fachplanungsleistungen aus dem Leistungsbild der technischer Ausrüstung gemäß §§ 55, 56 HOAI, Anlagengruppe 4. Die bestehende Stromversorgung der OP's 1 bis 8 wurde in den Jahre 1989 bis 1991 errichtet und wird zur Zeit aus dem SV - Netz versorgt. Die OP - Leuchten der Operationssäle 1 bis 8 werden zusätzlich über eine ZSV - Anlage versorgt. Die bisherige Elektroinstallation der OP's entspricht nicht mehr den Vorschriften VDE 0100 Teil 710 und ist sanierungsbedürftig. Aus diesem Grund sollen insbesondere folgende Maßnahmen zur Sanierung der OP-Stromversorgung durchgeführt werden: - Zuleitungssystem SV mit eigener Trasse, - Errichtung von Gebäudehauptverteilern (hier Bereichsverteiler) für den AV-, SV- und BEV-Bereich, - Austausch der vorhandenen acht OP - Verteiler und - Einbau einer BEV - Anlage Da der OP-Betrieb während der Bauzeit nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt werden darf, ist eine schrittweise Vorgehensweise erforderlich: - Schritt 1: Lieferung und Einbau der GHV AV, GHV SV, GHV BEV Lieferung und

Einbau der SV - Zuleitung mit eigener Trasse, Lieferung und Einbau einer BEV-Anlage -
Schritt 2: Abschnittsweise Lieferung und Einbau der OP-Verteiler Der Einbau erfolgt selektiv, d.
h. jeweils für eine OP; der OP 9 ist von der Gesamtmaßnahme nicht betroffen.
Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und
Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist Steinbacher Hohl 2-26

Stadt: Frankfurt

Postleitzahl: 60488

Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten
Personals sind anzugeben: Noch nicht bekannt

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst# Der Auftraggeber ist kein
öffentlicher Auftraggeber im Sinne des GWB und führt dieses Vergabeverfahren aufgrund von
Zuwendungsrechtlichen Bestimmungen als europaweites Verfahren aus. Bei der Angabe der
Rechtsform des Beschaffers müsste der Auftraggeber richtigerweise "Zuwendungsempfänger,
soweit nichts anderes zutrifft" auswählen. Allerdings führt diese Auswahl in der
Plausibilitätsprüfung der CPV-Code-Vorgaben aktuell noch zu einem technischen Fehler. Bei
der Auswahl "Zuwendungsempfänger, soweit nichts anderes zutrifft" können vom
Auftraggeber nur CPV-Codes mit 45 beginnend ausgewählt werden. Es handelt sich dabei
jedoch ausschließlich um CPV-Codes im Bereich von Bauleistungen. Da vorliegend
Dienstleistungen als Hauptgegenstand beschafft werden, hat der Auftraggeber hier die
Auswahl "Öffentliches Unternehmen" getroffen, um die für den Beschaffungsgegenstand
richtigen und maßgeblichen CPV-Codes auswählen zu können.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen

Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und

Nachweise vorzulegen: Angaben zu Umsätzen: Angabe des Jahresumsatzes des

Unternehmens mit Planungsleistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren
netto (TNW Formblatt 10). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Angaben für jedes

Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu machen. Der Auftraggeber wird die Umsätze addieren. Maßgeblich ist bei Bewerbergemeinschaften der kumulierte Umsatz. Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft gilt nur als geeignet, wenn der Jahresumsatz mit Planungsleistungen für technische Anlagen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils pro Geschäftsjahr mindestens EUR 550.000,00 netto betrug. Bei Nichterfüllung des aufgestellten Mindeststandards bleibt der Teilnahmeantrag des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft unberücksichtigt (Mindeststandard). Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung: Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung sowie jeweils über die Aufrechterhaltung der Versicherung für den Zeitraum der Leistungserbringung mit einer pro Versicherungsjahr zweifach maximierten Mindestdeckungssumme für Personenschäden in Höhe von EUR 1 Mio. je Schadensfall und für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden in Höhe von EUR 3 Mio. je Schadensfall (TNW Formblatt 11). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Erklärung durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Auftraggeber wird den Bewerber im Falle der Zuschlagserteilung zur Vorlage eines Nachweises über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit der genannten Mindestdeckungssumme auffordern. Die Abgabe der Erklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung sowie jeweils über die Aufrechterhaltung der Versicherung für den Zeitraum der Leistungserbringung mit den genannten Mindestdeckungssummen ist ein Mindeststandard. Bei Nichterfüllung des aufgestellten Mindeststandards bleibt der Teilnahmeantrag des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft unberücksichtigt.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vom Bewerber oder im Falle einer Bewerbergemeinschaft von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem eignungsleihenden Unternehmen vorzulegen: Auszug (eine Kopie) aus dem Handels- bzw. Berufsregister oder einen vergleichbaren Nachweis der Existenz des Unternehmens. Der jeweilige Nachweis ist nicht älter als sechs Monate. Als im Handels- und Berufsregister nicht eingetragener bzw. ausländischer Bewerber ist es gestattet, vergleichbare, gleichwertige Nachweise vorzulegen; die Gleichwertigkeit ist gleichzeitig mit der Vorlage nachzuweisen. Der jeweilige Nachweis ist dem entsprechenden Formblatt (TNW Formblatt 09) beizufügen. Die Vorlage von Nachweisen, die älter als sechs Monate sind, führt nicht zwingend zum Ausschluss. Der Auftraggeber wird in diesem Fall einen aktuellen Nachweis von der entsprechenden Registerstelle einholen. Ist dem Auftraggeber dies nicht möglich, wird er einen aktuellen Nachweis nachfordern.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: Referenzen: Soweit für die Eignungsprüfung und die Eignungswertung im Hinblick auf Referenzen bestimmte Leistungsbilder in Bezug genommen werden, sind Maßstab hierfür die §§ 53 ff. HOAI (Stand 2021) i.V.m. Anlage 15 HOAI). Der Bewerber hat mit seinem Teilnahmeantrag anhand von mindestens drei Unternehmensreferenzen seine Erfahrung mit vergleichbaren Leistungen, d.h. Planungsleistungen unter Berücksichtigung der

nachfolgend benannten Mindeststandards nachzuweisen. Die einzureichenden Referenzen dienen dabei sowohl der Eignungsprüfung als auch der Eignungswertung. Für Bewerber, die die Mindeststandards erfüllen und nicht aus einem anderen Grund aus der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge ausgeschieden sind, erfolgt die Bewertung der eingereichten Referenzen anhand der Kriterien nach Ziffer 3.2.5.5. Folgende Mindeststandards müssen pro Referenz vorliegen: - Leistungsbild Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 4 - Erbringung von Leistungen der Leistungsphasen 2, 3, 5 und 8 - Anrechenbare Kosten im Leistungsbild Technische Ausrüstung, Anlagengruppe 4 mindestens 1 Mio. EUR netto - Referenzprojekt betrifft Hochbaumaßnahme - Leistungserbringung bis einschließlich Leistungsphase 8 nach 12 / 2018. Eine Referenz gilt als abgeschlossen, wenn Leistungsphase 8 abgeschlossen oder die Bauleistungen abgenommen wurden. Teilnahmeanträge, die die vorgenannten Mindeststandards nicht erfüllen, werden ausgeschlossen. Werden die Mindeststandards von einer vorgelegten Referenz nicht erfüllt, wird diese im Rahmen der Eignungswertung nicht berücksichtigt. Folgende Angaben sind jeweils zu den Referenzprojekten zu machen: - Projektbezeichnung - Angabe des Unternehmens, das die Leistungen im Referenzprojekt erbracht hat - Auftraggeber des referenzierten Projekts - Ansprechpartner beim Auftraggeber des referenzierten Projekts mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse - Allgemeine Projektbeschreibung - Angabe, ob das Referenzprojekt ein Klinikgebäude betrifft - Angabe, ob das Referenzprojekt die Stromversorgung eines OP-Bereichs betrifft - Angabe, ob das Referenzprojekt ein Bestandsgebäude betraf - Angabe, ob das Referenzprojekt eine Bauausführung im laufenden Betrieb umfasst - Angabe zu dem Projektort (innerhalb der EU oder der Schweiz) - Volumen der von den Planungsleistungen umfassten Gesamtbaukosten in EUR netto - Leistungszeitraum ? Dauer der Leistungserbringung (Beginn / Ende im Format MM /JJJJ) Für die vorstehenden Angaben und Erläuterungen zu den Referenzen ist das Formblatt TNW Formblatt 12 zu verwenden. Der Auftraggeber behält sich vor, zu den angegebenen Referenzen eigene Nachforschungen anzustellen und/oder Informationen mittels Kontaktierung des Auftraggebers der jeweiligen Referenz einzuholen. Stellt der Auftraggeber fest, dass die gemachten Angaben falsch sind oder der Bewerber eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung des betreffenden früheren Auftrags erheblich und/oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat, behält sich der Auftraggeber vor, den Bewerber bei Vorliegen der entsprechenden Tatbestandsvoraussetzungen des § 124 GWB vom Verfahren unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auszuschließen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDY19TPBMZH/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDY19TPBMZH>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXU5YYDY19TPBMZH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 04/01/2024 11:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 148 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich Nachforderungen im Sinne von § 56 VgV vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft haben mit ihrem Teilnahmeantrag das Formblatt "Russlandsanktionen" vorzulegen (TNW Formblatt 08). Das Formblatt "Russlandsanktionen" dienen den Auftraggeberinnen dazu, die Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren zu gewährleisten. Aus Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 in Verbindung mit Artikel 5 k) Abs. 1 der Verordnung (EU) 833/2014 kann sich ein Zuschlagsverbot für Unternehmen mit Russland-Bezug ergeben. Der Auftraggeber wird Bieter ausschließen, wenn nach der Verordnung (EU) 2022/576 in Verbindung mit der Verordnung (EU) 833/2014 für einen Bieter ein Zuschlagsverbot bestehen sollte.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Für Rügefristen gilt § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB in vollem Umfang. Insbesondere bestimmt § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB: "Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind." Die weiteren Regelungen des § 160 GWB bleiben in ihrer Geltung unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Darmstadt

8. Organisationen

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI
Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist
Registrierungsnummer: DE114110482
Postanschrift: Steinbacher Hohl 2-26
Stadt: Frankfurt
Postleitzahl: 60488
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com
Telefon: +49 6976013503

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist
Registrierungsnummer: DE114110482
Postanschrift: Steinbacher Hohl 2-26
Stadt: Frankfurt
Postleitzahl: 60488
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com
Telefon: +49 6976013503

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Darmstadt
Registrierungsnummer: Für die Vergabekammer existiert keine nationale Identifikationsnummer.
Postanschrift: Wilhelminenstraße 1 - 3 (Wilhelminenhaus)
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151126603
Fax: +49 611327648534

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Darmstadt
Registrierungsnummer: Für die Vergabekammer existiert keine nationale Identifikationsnummer.
Postanschrift: Wilhelminenstraße 1 - 3 (Wilhelminenhaus)
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telefon: +49 6151126603
Fax: +49 611327648534

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Hospital zum Heiligen Geist
Registrierungsnummer: DE114110482
Postanschrift: Steinbacher Hohl 2-26
Stadt: Frankfurt
Postleitzahl: 60488
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
E-Mail: de-vergabeverfahren@kpmg-law.com
Telefon: +49 6976013503

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: fc076629-823c-4e72-af4e-877315cf5fce - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/12/2023 10:05:08 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 738040-2023
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 234/2023
Datum der Veröffentlichung: 05/12/2023